

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
von  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Vereins-Zentralrat).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 78.

Berlin, Mittwoch, 28. September 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Zur Lage in der Metallindustrie. — Viel Geschrei und wenig Wolle. — Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

### Zur Lage in der Metallindustrie.

Der Kampf auf den Schiffswerften tobt zunächst weiter; die Zahl der Beteiligten hat in den letzten Tagen noch zugenommen. Eine Folge aber ist, daß die Werksbesitzer sich an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller gewandt und um seine Unterstützung gebeten haben. In der Ausschuss-Sitzung vom 22. September hat man diese Unterstützung auch bereitwillig zugesagt und den Beschluß gefaßt, am 8. Oktober in sämtlichen dem Gesamtverbande angeschlossenen Betrieben eine Aussperrung von 60 Prozent der beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wenn bis dahin eine Einigung in der Werftarbeiterbewegung nicht zustande gekommen ist. Diese Drohung hat überall berechtigete Aufregung hervorgerufen. Würde sie nämlich wahrgemacht werden, so würden von der Maßnahme über 400 000 Metallarbeiter betroffen werden, also eine noch größere Anzahl, als in den Bauarbeiterkampf verwickelt war.

Die Wirkung einer so umfangreichen Aussperrung läßt sich in ihrer ganzen Größe noch nicht übersehen. Denn es ist zweifellos, daß zahlreiche andere Industrien im Laufe der Zeit in Mitleidenschaft gezogen werden müßten. Schon für die Metallindustrie und besonders für die Maschinenbauanstalten würde die Lahmlegung oder Einschränkung vieler Betriebe einen schweren Schlag bedeuten. Denn gerade in neuester Zeit sind die Aufträge in stärkerer Maße eingegangen. Die Vorteile, welche die aufsteigende Konjunktur jetzt in Aussicht stellt, würden mit einem Male wieder bereitet werden. Dasselbe gilt von der Elektrizitätsindustrie, an der die Aussperrung in der Metallindustrie auch nicht spurlos vorübergehen könnte. Weiter ist zu befürchten, daß bei längerem Andauern schließlich auch die Bergbau- und Süttenindustrie, die als Rohstofflieferantin der direkt von der Aussperrung betroffenen Betriebe in Frage kommt, hart zu leiden haben würde.

Alle diese Tatsachen sind auch den Unternehmern bekannt. Auch sie müssen sich der furchtbaren Folgen bewußt sein, die die von ihnen angeordneten Maßnahmen zeitigen würden. Um so schärfer ist ihr Verhalten zu beurteilen, mögen sie auch von ihrem Standpunkte aus die Forderungen der Arbeiter für allzu hoch erachten.

Indessen diese Betrachtungen sind zurzeit müßig. Jetzt müssen alle Bemühungen darauf gerichtet sein, das unserem gesamten Wirtschaftsleben drohende Unheil zu vermeiden. Die Möglichkeit dazu ist gegeben. Während diese Zeilen geschrieben werden, findet in Berlin eine Besprechung statt zwischen Vertretern des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und Vertretern der Arbeiterorganisationen. Auch die Deutschen Gewerksvereine sind daran beteiligt. Soffentlich gelingt es, eine Grundlage zu schaffen, auf der der Friede auf den Werften wieder hergestellt und damit die angeordnete Aussperrung vermieden werden kann. Sollte dies wider Erwarten nicht gelingen, nun, so werden wir den Kampf aufnehmen in dem Bewußtsein, alles getan zu haben, was zu einer friedlichen Verständigung führen konnte. Die großen Opfer, die uns auferlegt werden, werden wir freudig tragen; denn die Gewerksvereine sind gewohnt, das, was sie ihren Mitgliedern im Statut versprechen, auch wirklich zu halten. Wer ebenso wie die Organisation sich ihrer Pflichten gegen die Mitglieder bewußt sein

wird, muß auch verlangt werden, daß die Mitglieder fest und treu zur Organisation halten. In so schwierigen Zeiten sind Einigkeit und Disziplin mehr als je erforderlich. Schnelles und energisches Handeln ist unbedingt notwendig. Da müssen die Mitglieder zu ihren Führern das unerschütterliche Vertrauen haben, daß in ihren Händen die Sache wohl aufgehoben ist. Den Anweisungen der Gewerksvereinsleitungen muß in jeder Hinsicht unbedingt Folge geleistet werden. Kein Mitglied, kein Ortsverein darf auf eigene Faust vorgehen. Einzig und allein die Anordnungen, die von der Hauptverwaltung kommen, dürfen als Richtschnur dienen. Die Hauptleitungen sind sich wohl ihrer Verantwortung bewußt und werden zur rechten Zeit die notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen geben. Wer sich diesen Anordnungen nicht fügt, der muß auch die Folgen seiner Handlungsweise tragen.

Gewerksvereinskollegen, des Ernstes der gegenwärtigen Situation seid Ihr Euch sicherlich bewußt, und unsere Mahnung, einig zukommenszusehen und den Beschlüssen Eurer Führer zu folgen, wird von Euch nicht unbeachtet gelassen werden. Aber noch eine andere Aufgabe habt Ihr zu erfüllen. Niemand ist die Zeit für die Agitation günstiger gewesen als jetzt. Darum müßt die Minute und sorgt dafür, daß den indifferenten Arbeitskollegen endlich die Augen geöffnet werden und ihnen zum Bewußtsein kommt, daß nur eine starke Organisation in der Lage ist, ihnen in solchen Situationen schützend zur Seite zu stehen! Sorgt dafür, daß Lauiende von Unorganisierten sich uns angeschlossen! Die Antwort auf die Drohung der Unternehmer muß ein Massen-eintritt in die Deutschen Gewerksvereine sein.

### Viel Geschrei und wenig Wolle.

„Die Partei hat alle Ursache, mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Magdeburger Parteitagés vollaus zufrieden zu sein.“ So beginnt der „Vorwärts“ die Schlussbetrachtungen über die Magdeburger Tagung. Auch der Vorliegende Diez hat in seiner Schlußrede den Ausspruch getan: „Die Partei ist einiger denn je.“ Ob der Artikelsschreiber im „Vorwärts“ und auch Herr Diez selbst an ihre Worte glauben, ist ihre Sache. Unseres Erachtens dürfte es auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei nur wenige Menschen geben, die das Urteil des „Vorwärts“ und des Herrn Diez teilen. Nicht nur in den der Sozialdemokratie fernstehenden Kreisen, sondern auch unter den „Genossen“ selbst wird sicherlich die Meinung weit verbreitet sein, daß selten so viel leeres Stroh auf einem Parteitage gedroschen und so wenig positive Arbeit geleistet worden ist wie in Magdeburg.

Niemand hat ernstlich daran gedacht, daß die sozialdemokratische Partei in Magdeburg sich walden würde. Der Revisionismus ist, wie das schon früher einmal in diesen Spalten ausgeführt worden ist, nicht energisch genug, um die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Ja, er hat trotz der größtlichen Vergewaltigung nach einem schwächsten Versuch energisches Auftretens nachträglich wieder den Rotau gemacht und ist zu den Stufen des Thrones des unerbittlichen Radikalismus zurückgekehrt. An seinen vollständigen Sieg hat niemand geglaubt. Man sagte sich im voraus, daß nach gehöriger gegenseitiger Kopfnähe irgend ein Beschluß zustande kommen würde, der den tatsächlich vorhandenen tiefen Riß zwischen der revisionistischen und radikalischen Richtung verkleinert. Das ist denn auch geschehen. Der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie, den man

auch mit Recht als den Gegensatz zwischen Nord und Süd bezeichnen kann, ist dadurch nicht beseitigt worden. Wann dieser Riß zum offenen Bruch führt, läßt sich noch nicht absehen, aber daß es einmal dahin kommen wird, steht zweifellos fest. Die Entwicklung wird den Revisionismus zur Konsequenz zwingen.

Das eine ist durch die lebhaften Auseinandersetzungen zwischen gemäßigter und radikaler Richtung allerdings erreicht worden: Es war Leben in der Bude, und darauf kommt es an. Die „Genossen“ müssen immer in Atem erhalten werden. Freilich ist dieses erreicht worden auf Kosten der eigentlichen Arbeiterfragen, die auf dem Parteitage der alleinigmachenden Arbeiterpartei eine recht stiefmütterliche Behandlung erfahren haben. Man lese nur die Verhandlungen über die Maifeier. Welche Opfer hat diese Demonstration nicht schon gefordert! Lange genug hat es gedauert, bis sich die Erkenntnis ihrer Wertlosigkeit innerhalb der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaften durchgesetzt hat. Denn an eine Wirkung der Maifeier glaubt ernstlich keiner der führenden „Genossen“ mehr. Welchen Wert man auf diese Frage legt, kann man schon daran erkennen, daß nach dem kurzen Referat des Parteisekretärs Müller sich in der Diskussion niemand zum Wort meldete. Der Antrag, den 1. Mai nur durch Arbeitsruhe zu feiern, wurde mit 154 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Also nur wenig über die Hälfte der Abgeordneten fand es überhaupt nötig, dieser Abstimmung beizuwohnen.

Ein ähnliches Schicksal hatte die Reichsvereinsführungsordnung. Der Reichstagsabgeordnete Mollenhauer hielt ein Referat, und ohne daß eine Diskussion beliebt wurde, war die Sache erledigt. Etwas lebhafter ging es her bei der Debatte über den Massenstreik, in der die blutige Rosa ihr Schlachtopfer tummelte. Sie hatte aber wenig Glück, denn die schlimmsten Sitzbänke wurden ihrer Resolution ausgebrochen. Eine größere Beachtung fand von den sozialpolitischen Fragen nur noch das Genossenschaftswesen. Aber auch hier kann nicht behauptet werden, daß wesentlich neue Gesichtspunkte zutage gefördert wurden.

Nach alledem ist sicherlich nicht zu viel behauptet, wenn gesagt wird, daß nübbringende Arbeit in Magdeburg so gut wie gar nicht geleistet worden ist. Wenn der „Vorwärts“ das Gegenteil behauptet, so ist das seine Pflicht. Niemand aber kann gezwungen werden, es zu glauben, und wir gehen jedenfalls nicht fehl in der Annahme, daß selbst recht viele „Genossen“ dem „Vorwärts“ in dieser Frage keinen Glauben schenken. Freilich die große Masse der Gedankenlosen und Denkschwachen wird sich von solchen Tiraden auch weiter berauischen lassen. Die einsichtigeren Elemente aber müssen schließlich doch zu der Einsicht kommen, daß die Arbeit, die jetzt von der Sozialdemokratie geleistet wird, unfruchtbar ist und der Arbeiterkraft keinen Segen bringt. Fast scheint es, als wenn auch die Gewerkschaftsführer allmählich sich zu dieser Ansicht durchgerungen hätten. Denn auffallend gering war in Magdeburg ihre Beteiligung an der Aussprache. Sollte das vielleicht ein Zeichen sein für die wachsende Erkenntnis in diesen Reihen?

### Österreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs.

II.

Alle oder doch fast alle mächtigen Staaten der Gegenwart sind Nationalitätenstaaten. Seit Nichte das Nationalitätsprinzip klar entwickelt und Napoleon I. mit seinem Weltkriege Schiffbruch erlitten, geht eine unerkennbare Tendenz dahin, die Staats-

grenzen möglichst mit den Nationalitätsgrenzen in Übereinstimmung zu bringen. Das geschieht innerhalb der Nationen, indem mehrere Staaten, die von denselben Nationen bebaut werden, gezwungen sind, sich zu vereinen (Deutsches Reich, Italien), und andererseits Staaten mit mehreren Nationalitäten, die ihnen fremde Nation verlieren (Elsaß-Lothringen), oder infolge der Nationalitätenskämpfe im Innern zu seiner wirklichen Machtstellung kommen (Oesterreich, Rußland, Türkei). Da aber, wo die überwiegende Mehrheit eines Staates einer kleinen nationalen Minderheit gegenübersteht, die sich nicht losreißen kann, sehen wir jenen nationalen Leidenschaftskampf der Minderheit, mit allen Mitteln geführt, aber ohne großen Erfolg (Deutsches Reich gegen die Polen, England gegen Irland). Die Gründe zu diesen Erscheinungen verraten eine merkwürdige Übereinstimmung mit jenen, die aus der Arbeiterbewegung mehr und mehr eine Weltanschauungsbewegung machen.

Oesterreich und Ungarn sind die Staaten, die am lebhaftesten in Nationalitätenskämpfe verwickelt sind, weil sie infolge der nationalen Gemüchtheit ihre Landesgrenzen mit den Nationen nicht in Übereinstimmung bringen können. So wird Staat und Nation zum Gegensatz. Es hatten, nach den Umgangssprachen geschieden, Einwohner:

Oesterreich	Ungarn
Deutsche 9 170 039	Magyaren 8 742 301
Tschechen 5 965 397	Rumänen 2 799 479
Polen 4 259 152	Deutsche 2 135 181
Ruthenen 3 375 576	Slovenen 2 019 641
Slovenen 1 192 780	Kroaten 1 678 569
Serbo-Kroaten 711 380	Serben 1 052 180
Italiener 727 102	Ruthenen 429 447
Rumänen 230 962	Anderensprachige 397 761

Alle diese Völkerschaften machen eiferfüchtig über ihre Rechte, bedienen sich der parlamentarischen Einrichtungen, um die Regierungen zu beeinflussen, und suchen sich neuen Boden zu erobern. Sie wohnen natürlich nicht in sprachlich getrennten Gebieten, sondern untereinander vermischt. In Böhmen wohnen 37,27 Prozent Deutsche und 62,67 Prozent Tschechen, in Mähren 27,91 gegen 71,35, in Oesterreichisch-Schlesien 44,68 gegen 22,04. Natürlich gewinnt dadurch erst der Nationalitätenskampf seine Leidenschaft.

Der Kampf hat weitverbreitete Organisationen geschaffen, die in Deutschland fast unbekannt sind und deshalb eine Schilderung verdienen. Zunächst die Deutschen. Sie haben den Wiener Deutschen Schulverein. 1880 gegründet, zählte er Ende 1908 1700 Ortsgruppen mit 140 000 Mitgliedern. Er unterhielt 23 Vereinschulen mit 40 Klassen, 57 Kindergärten und unterstützte außerdem noch 74 Schulen und 102 Kindergärten. 1908 betrug seine Einnahmen 940 000 Kronen (1 Krone = 85 Pfg.). Derselbe Hauptverein schloß sich andere Landesvereine in der Arbeit an, so der „Deutsche Böhmerwaldbund“ mit 37 740 Mitgliedern, der „Bund der Deutschen Ostböhmens“ mit 4531 Mitgliedern, „Bund der Deutschen in Böhmen“ mit 65 419 Mitgliedern. In Schlesien ist die „Nordmark“ mit 20 000 Mitgliedern, in Wien die „Ostmark“, in Tyrol der „Volksbund“ mit 20 000 Mitgliedern, die „Südmarch“ mit 56 000 Mitgliedern usw. Derselben Vereine gibt es auf tschechischer Seite. Der Tschechische Schulverein verzeichnete 1907 über eine Million Kronen. Er unterhielt 116 Erziehungsanstalten, darunter 2 Gymnasien, 60 Volksschulen, 54 Kindergärten. Außerdem gibt es in den verschiedenen Landesteilen besondere Vereine. So gibt es polnische Vereine, slowenische Vereine usw. Ja, die Magyaren, die herrschende Nation in Ungarn, lassen im eigenen Lande die Menschen zu Analphabeten heranwachsen, geben jedoch große Gelder aus zum Schutze der Magyaren in Oesterreich.

Den Schulvereinen an die Seite treten wirtschaftliche und politische Schutzvereine aller Art. Der „Deutsche Volksrat in Böhmen“ faßt alle bestehenden nationalen deutschen Schutzvereine Böhmens zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Er treibt Arbeitsvermittlung, sucht zu verhindern, daß deutscher Land- oder Hausbesitz in fremde Hände fällt, veranstaltet Umzüge und Versammlungen, unterstützt die deutschen Geschäftsleute, die deutschen Gemeindeverwaltungen usw. In der „Bohemia“, Nr. 228, 1910, werden Angaben gemacht über die tschechischen Schutzvereine in Wien. Wien ist eine alte deutsche Stadt von 2 Millionen Einwohnern, zählt aber darunter heute schon 400 000 Tschechen. Für Wien und ganz Nieder-

österreich bestehen tschechische Sparfassen. In Wien besteht eine tschechische Schule mit 14 Klassen und 850 Schülern; ebenso Fortbildungsschule und Sprachschule. Die Errichtung eines Privatgymnasiums ist geplant. Die tschechische Presse Niederösterreichs zählt 48 Zeitungen. Es arbeiten tschechische Vorleserkassen und Banken, Sausbau-, Turn- und Gesangsvereine usw. Der Hauptkampf tobt zwischen Deutschen und Tschechen. Die anderen Nationen sind kulturell noch weiter zurück. Auch wohnen z. B. die Polen in Galizien mehr für sich getrennt. Sie haben dort noch keine rechte nationale Massenbewegung, sondern werden von der Schlachta (dem polnischen Adel) geleitet.

Es ist für den Reichsdeutschen von großem Interesse, in die Kleinarbeit dieser Schutzvereine hineinzusehen. Zunächst heißt es Geld schaffen. Neben den Beiträgen erheben die Schutzvereine eine Art indirekter Steuer. So zahlen die Streichholzfabrikanten für jede Schachtel Hölzer einen kleinen obolus in Form von Schutzvereinsmarken, die auf die Schachteln geklebt werden. Selbst hier im Reich werden Streichhölzer verkauft, für die der magyarische Schutzverein in Ungarn eine Prämie empfängt. Wie mit den Streichhölzern, geschieht es mit vielen anderen Waren. Man hat ferner Verschlussschreiben für Briefe, die einen Pfennig kosten. Allerwege stehen Sammelbüchsen in Wirtschaften. Allein durch Warenprämien hat der Wiener Deutsche Schulverein im letzten Jahre 100 000 Kronen eingenommen. Man achtet nun streng darauf, daß der Nationsangehörige nur bei Geschäftsleuten seiner Nation Waren kauft. Tut er das nicht, so wird er vermahnt und im Wiederholungsfalle in der Presse an den Pranger gestellt. Die Hausbesitzer, die z. B. in Deutschböhmen meist Deutsche sind, lehnen es oft genug ab, tschechische Mieter aufzunehmen. Wer anders handelt, wird nach fruchtloser Verwarnung ebenfalls öffentlich genannt. Die Unternehmer werden ermahnt, fremde Arbeiter zu entlassen, einheimische zu bevorzugen. Mit allen Mitteln sträubt man sich gegen Minderheitschulen. Laut Geies kann eine nationale Minderheit eigene Schulen verlangen, wenn durch einige Jahre hindurch eine gewisse Anzahl Kinder schulpflichtig waren. Die Mehrheitsnation will aber möglichst die Kinder der Minderheit in ihre Schulen bringen, damit sie ihre Sprache lernen usw. Gewaltig tobt der Kampf um die Beamtenstellen des Staates, der Gemeinden. Früher waren alle Beamte deutsch; jetzt fordert jede Nation ihre Stellen und die jeweilige Mehrheit verlangt, die Minderheit zu benachteiligen und bedingt sich dazu ihres parlamentarischen Einflusses. Mandates von dem mutet uns kleinlich, veratorisch an. Man muß aber alles aus den Verhältnissen zu verstehen suchen und bedenken, daß jede Nation so gegen die andere handelt.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 27. September 1910.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission beschäftigt sich weiter mit den Bestimmungen, die den Gegenstand der Unfallversicherung betreffen. Ein Antrag, im Falle eines vorläufig herbeigeführten Unfalles wenigstens den Hinterbliebenen die Rente zu sichern, wurde abgelehnt. Dagegen wurde eine neue Bestimmung eingefügt, daß Fahrlässigkeit, selbst grober Art, oder verbotwidriges Handeln den Erlass des Schadens nicht ausschließen. Der Schadenertrag kann ganz oder teilweise verpagt werden, wenn sich der Verletzte den Unfall beim Begehen einer Handlung zugezogen hat, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorzügliches Vergehen ist. Die Verletzung bergpolizeilicher Verordnungen soll aber nicht als Vergehen im Sinne dieser Bestimmung gelten.

Die Rente wird jetzt erst vom Beginn der 14. Woche nach dem Unfall gewährt. Alle Abänderungsvorschläge wurden abgelehnt. Auch die Gewährung des vollen Jahresarbeitsverdienstes anstatt von zwei Dritteln desselben als Vollrente wurde abgelehnt. Dagegen glückte es, die im Regierungsentwurf geplante Gewährung der Renten bis 20 Prozent auf 3 Zeit trotz lebhaften Widerspruches der Regierungsvertreter zu besiegeln.

Nach dem jetzigen Gele wird der 1500 Mark übersteigende Betrag des Jahresarbeitsverdienstes bei der Berechnung der Rente nur mit einem Drittel in Ansatz gebracht. Es ist versucht worden, dieser Ungerechtigkeit abzuhelfen und den Jahresverdienst ungekürzt in Anrechnung zu bringen, oder doch die Summe, von der ab die Drittelung eintritt, auf 2500 Mark zu erhöhen. Leider waren diese Bemühungen vergeblich; es soll beim bisherigen Zustande verbleiben. Angenommen wurde dagegen ein Antrag, daß auch bei Personen, die schon vor dem Unfall dauernd teilweise erwerbs-

unfähig waren, mindestens der tatsächlich verdiente Entgelt zugrunde gelegt wird.

Einen kleinen Fortschritt bedeutet es, daß die Hinterbliebenenrente künftig auch unehelichen Kindern gewährt werden muß, zu deren Unterhalt der Verunglückte geistlich verpflichtet war. Sonst soll bezüglich der Witwen- und Waisenrente alles beim alten Zustande verbleiben. Die Hinterbliebenen eines Ausländers, welche zur Zeit des Unfalles nicht im Inlande ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, sollen keinen Anspruch auf Rente haben. Ausnahmen kann der Bundesrat treffen für bestimmte Grenzgebiete und Angehörige solcher Staaten, die deutschen Arbeitern ähnliche Vorteile gewähren.

Bezüglich der Heilanstaltspflege wurde eine neue Bestimmung aufgenommen, daß nämlich im Einverständnis mit den Versicherten auch Hilfe und Wartung insbesondere auch dann gewährt werden kann, wenn die Aufnahme des Verletzten in ein Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist, oder ein wichtiger Grund vorliegt, den Verletzten in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen. Die nächsten Beratungen betreffen die Zusammenlegung der Berufsgenossenschaften.

**Aussperrung von 30 000 Textilarbeitern in Sicht.** Zur Lohnbewegung der Spinnerarbeiter in Ost- u. Westpreußen, die eine Aufbesserung der Löhne der Spinner und Fadenanleger in einigen Betrieben bewog, hat der Arbeitgeberverband der Rautitzer Textilindustrie, G. V., in einer Versammlung am 22. September in Rottbus Stellung genommen und einstimmig beschlossen, falls in den betreffenden Betrieben bis zum 27. September abends die Arbeit zu den alten Bedingungen nicht wieder aufgenommen worden ist, die Aussperrung in allen Vereinsbetrieben am 28. September vorzunehmen, so daß am 5. Oktober alle Betriebe geschlossen werden. In Betracht kommen die Städte Forst, Rottbus, Spremberg, Guben, Ludenwalde, Sommerfeld und Finsterwalde mit einer Gesamtarbeiterzahl von 30 000. Von seiten der streikenden Arbeiter und deren Organisationen, Deutscher Textilarbeiterverband und Gewerksverein Deutscher Textilarbeiter (G. V.), wurden sofort Verhandlungen durch die Lohnkommission mit den betreffenden Firmen angebahnt, die aber abgelehnt wurden.

Die von dem Arbeitgeberverband getroffenen Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer ungeheuren Wirkung auf die Industrie und die gesamte Bevölkerung höchst bedauerlich. Öffentlich finden die beiderseitigen Organisationen noch rechtzeitig den Weg der Verständigung.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik in den Rürnberger Bleistiftfabriken ist beendet und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen worden. — Bei der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln sind die Hafenarbeiter in den Ausstand getreten. — In einer Lohnbewegung befinden sich in Berlin die Solzbildhauer. Im allgemeinen scheinen die Arbeitgeber den Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht durchaus ablehnend gegenüberzutreten. Es sind Verhandlungen eingeleitet, die ein befriedigendes Resultat erwarten lassen. — Bei der Firma Jäger in Elberfeld stehen seit 6 Wochen die Former und Kernmacher im Streik. Da sich bisher nur wenige Arbeitswillige gefunden haben, bemüht sich die Firma, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen. — Auch in der Wuppertaler Eisenhütte stehen die Former seit geraumer Zeit im Kampfe. Das Ansehen der Firma, daß die in den übrigen Abteilungen beschäftigten Arbeiter Streifarbeit verrichten sollten, wurde entschieden abgelehnt, worauf der ganze Betrieb stillgelegt und die übrigen Arbeiter ausgesperrt wurden. — In Elberfeld Warmen sind auch die Klempner und Installateurgehilfen wegen Ablehnung eines neuen Tarifs in den Ausstand getreten. Gefordert wurde die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden, ein Mindeststundlohn von 45 Pfg. im ersten, von 55 Pfg. im zweiten und von 65 Pfg. im dritten Jahre nach vollendetem Lehrzeit. Zugang von Metallarbeitern nach Elberfeld-Warmen ist streng fernzuhalten. — Bei der Kohlenfirma Kupfer u. Co. in Berlin stehen die Kohlenarbeiter im Streik, in dessen Verlauf es zu sehr ersten Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist. — In Hamburg sind die Angestellten in den Cafés in den Ausstand getreten. Ursache der Differenzen ist der Arbeitsnachweis.

Die passive Resistenz auf den österreichischen Südbahnen dauert immer noch an. Die Landesregierung hat fünf Eisenbahnvereine, die in der Hauptsache diese passive Resistenz organisiert

\*) Siehe Zeitschrift „Das Deutschtum im Ausland“ Nr. 1 1908, Nr. 3 1910.

haben, aufgelöst. — In Dänemark haben die organisierten Textilarbeiter die bis zum 1. Januar 1911 laufenden Tarifverträge gekündigt. Die Fabrikanten sind zu neuen Verhandlungen wohl bereit, erklären aber Zugeständnisse betreffs der Lohnerhöhung nicht machen zu können.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat August hielt sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im allgemeinen auf gleicher Höhe wie im Juli. Noch immer wirkte die Wiederaufnahme der Arbeit im Baugewerbe auf eine Reihe von Industrien belebend ein.

Auf dem Ruhrkohlenmarkte gingen nur ungenügende Aufträge ein, so daß sich die Werkbesitzer genötigt sahen, die regelmäßige Arbeitszeit zu kürzen. Im oberdeutschen Kohlengebiet und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau lagen dagegen die Verhältnisse infolge des vermehrten Abzuges von Hausbrandkohle etwas günstiger als im Vormonate. Die Metall- und Maschinenindustrie war ausreichend beschäftigt. Das gleiche gilt in verstärktem Maße von der elektrischen Industrie. Ueber den Geschäftsgang in der Textilindustrie klagten die Spinnerinnen erheblich, die Webereien dagegen sprachen sich befriedigend aus.

Nach den Berichten der Krankenkassen ergab sich im August für die verpflichteten Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 13 152 Mitglieder, die sich aus einer Abnahme der männlichen Mitglieder von 1848 und einer Zunahme der weiblichen Mitglieder von 15 000 zusammensetzt. Im Vorjahre war die Zunahme (+ 9719) erheblich geringer; sie zeigte im einzelnen eine Zunahme für die männlichen Mitglieder um 1901, für die weiblichen um 7818. Danach war für die Männer der August 1910 ungünstiger, für die Frauen günstiger.

Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise, von denen vergleichbare Zahlen vorliegen, kommen im August 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 154 Arbeitjüngende gegen 181 im August 1909 und 162 im Juli 1910. Bei den weiblichen Personen kommen im ganzen auf 100 offene Stellen 87 Gesuche gegen 94 im August 1909 und 93 im Vormonate.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkte hielt die steigende Richtung im Beschäftigungsgrade weiter an. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres war eine erhebliche Besserung zu beobachten. Nicht ganz so günstig wurde die Marktlage in Schleswig-Holstein beurteilt. In Hamburg wurde die Tätigkeit im Vergleich zum August des Vorjahres um mehr als das Doppelte übertraffen. In Hessen, Westfalen und Baden ist in den bedeutenderen Industriezweigen gleichfalls eine Wendung zum Besseren eingetreten. Die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte war, wenn auch der Vormonat nicht ganz erreicht wurde, immer noch sehr günstig. Auch aus Bayern, Württemberg und Baden ergaben die Berichte ein nicht ungünstiges Bild.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betragen im August 149 818 195 Mark, d. h. 14 493 143 Mark mehr als im gleichen Monate des Vorjahres; das bedeutet eine Mehrerinnahme von 243 Mark oder 9,16 v. H. auf 1 Kilometer.

**Bestige Angriffe gegen unseren Gewerbeverein der Bergarbeiter** hat vor kurzem ein Herr Böcker-Moor im christlich-sozialen „Reich“ gerichtet. Den Anlaß dazu gab ein Flugblatt, in dem zu einer von unseren Kollegen, dem alten Verband und der polnischen Berufsvereinigung gemeinsam einberufenen Bergarbeiter-Versammlung eingeladen wurde. „Der neue Treibend“ ist nach Herrn Böcker-Moor ein Beweis für die nationale Unzuverlässigkeit des Gewerbevereins der Bergarbeiter. Solchen unsicheren Rantontisten müsse die „nationale“ Drapierung abgerissen werden, was denn der genannte Herr auch pflichtschuldigst getan zu haben vermeint. Dafür wird ihm in der letzten Nummer des „Bergarbeiter“ folgende wohlverdiente Abfuhr zuteil:

Wie liegen die Tatsachen? Der Ortsverein Osterfeld vom Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter hat für die Sicherheitsmännerwahlen mit den Polen und altem Verband ein Kompromiß auf Beise „Osterfeld“ abgeschlossen. Veranlaßt wurde dieses nur durch die schäbige Kampfesweise der Christlichen in Osterfeld, die alles tun, damit kein anderer Verband ein Lokal bekommt. Wir haben diese Abmachung nicht gebilligt, können sie aber sehr wohl verstehen. „Böcker-Moor“ schwindelt also, wenn er glauben machen will, unter „Hirsch-Dunder“ sei in diesem Falle der Hirsch-Dunderer Gewerbeverein der Bergarbeiter zu verstehen. Dann will „Böcker-Moor“ den unsicheren Rantontisten die „nationale“ Drapierung abreißen. Ah, „Böcker-Moor“ schäbt die Leber des „Reich“ und die Mitglieder der katholischen und evangelischen Arbeitervereine doch sehr gering ein, denn diese wissen

ganz gut, daß die Hirsch-Dunderer Gewerbevereine nichts anderes tun, als was der christliche Gewerbeverein immer getan hat. Oder ist es etwas anderes, wenn der christliche Gewerbeverein bei früheren Wahlen mit dem alten Verband Kompromisse abschloß, um die sogenannten gemäßigten Aeltesten zu besitzigen. Da war wohl der alte Verband echt „national“.

„Böcker-Moor“ soll auch einmal als unsicherer christlich-sozialer Rantontist an die Wahlbündnisse seiner gewerkschaftlichen Freunde aus dem Zentrum mit dem Sozialdemokraten denken, die im Jahre 1907 in Bayern abgeschlossen wurden. Wählten vielleicht auch die christlichen Gewerkschafter im Jahre 1907 bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Duisburg-Mülheim-Oberhausen aus nationalen Rücksichten den Sozialdemokraten Dengsbad? Wieß man aus nationalen Gründen den nationalliberalen christlichen Metallarbeiter Jung aus Duisburg abfallen?

Wahrhaftig, eine größere Heuchelei kann man kaum noch aufführen. Wenn ein Ortsverein der Gewerbevereine sich für eine schäbige Kampfesart der Christlichen rächt, dann sind die Gewerbevereine nicht national. Und eine schäbige Kampfesweise ist es, wenn eine Organisation der anderen die Lokale streitig macht, was die Christlichen mit Vorliebe tun. Wiederholt haben wir das nachgewiesen.

**Konkurrenzneid** ist es, der aus folgendem Erguß des „Bund“, des Organs der gelben Werksvereine, spricht:

Der Fall Brandenburg, der jetzt auf den Fall Waggelbein folgt, beweist, daß etwas faul im Staate ist. Die „Vaterländischen“, die in ihren Rundschreiben an die Öffentlichkeit vorzugen, ihr Arbeitsfeld in der Agitation unter den Millionen unorganisirter Arbeiter zu suchen, verlegen sich tatsächlich darauf, die gelbe Arbeiterbewegung zu sprengen. Wir warnen hiermit unsere Mitglieder ganz ernstlich vor den „vaterländischen“ Agitatoren. Sie von den „Vaterländischen“ betriebene Verquickung von Politik mit gewerkschaftlicher Arbeit und die Dineinziehung außenstehender Politiker in die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung sind grundsätzliche Grundtatsachen. Wollen sich unsere Mitglieder politisch betätigen, so können sie das innerhalb der bürgerlichen Parteien tun. Die gleichzeitige Organisation bei den Gelben und den Vaterländischen läuft auf überflüssige Vereinsneiderei hinaus. Man darf nur eins sein: gelb oder „vaterländisch“. Daß uns die Vaterländischen im übrigen nahe stehen, ändert an diesem Grundsatz nichts“.

Der „Bund“ hat ganz recht: Gelb oder „vaterländisch“, eines von beiden genügt vollständig, um sich bei allen selbstbewußten und anständig denkenden Arbeitern verächtlich zu machen. Unzweifelhaft ist der Konkurrenzkampf zwischen den verdächtigten und den unverdächtigten Gelben interessant zu beobachten.

**Ein starkes Stück.** Das 4. bayerische Infanterieregiment in Weß hat sich einen eigenen Betrieb zur Herstellung von Zigarren zur Verlogung der Mannschaft eingerichtet. Auf die vom Deutschen Tabakverein dagegen eingereichte Beschwerde ist vom bayerischen Kriegsministerium die Antwort eingegangen, daß dem Bunde auf Verbot der Selbstverfertigung von Zigarren im Kontinentbetrieb des 4. Infanterieregiments nicht entsprochen werden könne, da diese Einrichtung lediglich dem Wohle und dem Vorteil der Mannschaften diene und geistliche Bestimmungen ihr nicht entgegenständen. Begründet wird die Einrichtung mit der Verteuerung aller Lebens- und Genussmittel. Angefertigt würden die Zigarren durch zwei gelernte Zivilarbeiter in einem eigens zu diesem Zwecke gemieteten Raume.

Mag auch formell gegen diese Militär-Zigarrenfabrik nichts eingeandt werden können, so verdient in diesem Falle doch der Weg der „Selbsthilfe“ schärfste Kritik. Ist es denn wirklich zu rechtfertigen, daß man auf diese Weise dem Tabakgewerbe, das unter der Reichssteuerpolitik so überaus schwer zu leiden hat, noch einen Teil der Mannschaft entzieht? Erst verteuert man durch die Steuerpolitik die Zigarren, schränkt dadurch den Konsum ein und schädigt das Gewerbe, und dann nimmt man die Verteuerung zum Anlaß, ihm eine neue Schädigung zuzufügen. Das sind, wie der Volksmund jagt, faule Fiische und Schläge dazu. Hoffentlich wird bei den Etatberatungen im Reichstage der Fall zur Sprache gebracht und dafür gesorgt, daß solche Ungehörigkeiten unterbleiben.

**Der Rückgang des Branntweinkonsums.** Der vorjährige sozialdemokratische Parteitag hat sich bekanntlich auch für den Schnapsboykott ausgesprochen. Gewissermaßen zur Erinnerung an diese Tatsache veröffentlicht jetzt der „Vorwärts“ die jüngsten Ziffern über die Produktion und den Verbrauch des Branntweins. Daraus ist zu entnehmen, daß im August d. J. 40 422 Hektoliter Branntwein erzeugt wurden gegen 48 740 in demselben Monat des Vorjahres; das sind 17 Prozent weniger. Der Trinkverbrauch verminderte sich von 215 005 Hektoliter auf 146 277 oder um 31,9 Prozent, d. h.

also, der Branntweinkonsum ist um nahezu 1/3 zurückgegangen. Der gewerbliche Verbrauch stieg von 85 353 auf 134 029 Hektoliter oder um 56,9 Prozent.

Wirft man einen Blick über die Zeit vom 1. Oktober vorigen Jahres bis zum letzten August, so ergibt sich das folgende Bild:

	1909	1910
Erzeugung	4 168 112	3 545 048 — 14,9 %
Trinkverbrauch	2 300 618	1 636 474 — 28,8 %
Gewerbl. Verbrauch	1 425 847	1 729 100 + 21,2 %

Diese Zahlen besagen, daß der Branntweinverbrauch zu Trinkzwecken in den 11 Monaten um 664 144 Hektoliter oder 28,8 Prozent zurückgegangen ist. Auch die Alkoholproduktion selbst hat sich um 623 064 Hektoliter oder nahezu 15 Prozent vermindert. Ganz abgesehen von den ethischen Gründen, die dieses Resultat uns freudig begründen lassen, werden wohl auch die Schnapsjunker an ihrem Portemonnaie die Wirkung des von der gesamten Arbeiterkassette verhängten Boykotts merken. Und das ist gut so!

**Ein wahres Wort.** Wenn es gilt, gegen einen Fortschritt in der Sozialreform Sturm zu laufen, dann wird als besonders beweiskräftiges Argument immer betont, daß die Unternehmer weitere sozialpolitische Lasten nicht tragen könnten. Das ist natürlich Humbug, denn diese Lasten müssen die Arbeitgeber sehr wohl auf andere Schultern, entweder nämlich auf die Arbeiter oder auf die Warenabnehmer abwälzen. Das bestatigt auch Dr. Wagner-Berlin im „Zentralblatt der Arbeiterversicherung“, indem er einen Aufsatz: „Die Mehrbelastung der Arbeitgeber durch die Reichsversicherungsordnung“ mit folgendem Satze einleitet:

„Die deutsche Unternehmerschaft hat sich schon längst daran gewöhnt, die Beiträge für die Arbeiterversicherung als ziemlich selbstverständlich anzusehen und rechnet bei der Kalkulation ganz naturgemäß mit den Beiträgen zur Arbeiterversicherung wie mit einem festen Bestandteil.“

Das ist, wie gesagt, nichts Neues. Trotzdem verdient diese Bemerkung für alle Fälle festgehalten zu werden.

Die „Freie Volksschule Berlin“ gibt soeben ihr neues Programm für das Herbst-Quartal heraus, das wiederum einen erheblichen Zuwachs von Dozenten und Vortragsreihen aufweist. In 96 Fächern werden die wichtigsten Fragen der Weltanschauung, Kunst, Literatur, Volkswirtschafts- und Rechtslehre, Naturwissenschaft, Medizin und Technik in allgemein verständlicher Form behandelt. Das Steigen der Hörerzahl im letzten Jahre von 9000 bis über 12 000 legt davon Zeugnis ab, daß die Bestrebungen der Freien Volksschule eine immer wachsende Anziehungskraft auf alle Kreise der Bürgerschaft Groß-Berlins ausüben. Wer nach Erweiterung und Vertiefung seines Wissens strebt, wird in dem neuen, überaus reichhaltigen Programm mannigfache Wünsche erfüllt finden.

Das 56 Seiten starke Programm wie bisher kostenlos ausgegeben in allen städtischen Lesebibliotheken, in öffentlichen Bibliotheken, in sämtlichen Filialen von Voegel u. Wolf und in unserem Verbandsbureau, Großsiedlerstr. 221-23. Dasselbe sind auch Hörerkarten zu ermäßigten Preisen für unsere Verbandskollegen zu haben.

Der Deutsche Käuferbund wendet sich jetzt wiederum an die Frauenwelt, beiseiten ihre Pläne für die Herbst- und Winterkäufe auszuführen. Gedankenlos lassen die Frauen ihre Einkäufe an Hüten, Winterkleidern und Mänteln meist bis zum letzten Augenblick, wo die rauhen Tage schon Einzug gehalten haben. Dann drängt alles auf einmal in die Läden, und jeder will möglichst umgehend bedient werden. Der Deutsche Käuferbund richtet deshalb an die gesamte Frauenwelt die dringende Mahnung, nicht so gedankenlos zu handeln. Durch dies Einkäufen und Bestellen in letzter Minute wird viel Unheil angerichtet. Die Geschäftsinhaber wie auch die Angestellten und Arbeiter müssen weit über ihre Kräfte hinaus schaffen und bezahlen oft die Gedankenlosigkeit des Publikums mit schwerem Schaden an ihrer Gesundheit. Keine denkende Frau sollte diese Schuld auf ihr Gewissen laden, sondern beiseiten einkaufen und bestellen. Sie wird dadurch nicht nur der Volksgesundheit nützen, sondern hat auch den eigenen Vorteil, daß sie besser und sorgfältiger bedient werden kann. Der Deutsche Käuferbund, Geschäftsstelle Friedenau, Rudenstraße 22, verleiht auf Wunsch gern aufklärende Drucksachen, denn es gehört zu seinen Bestrebungen, durch Erleuchtung des Publikums zur Monumentenwahrheit die Schäden der Saisonarbeit einzudämmen.

### Gewerkevereins-Teil.

**8 Gannstatt.** Die am 20. September stattgehabende öffentliche Gewerkevereinsversammlung, einberufen vom Ortsverband Stuttgart-Gannstatt, nahm nach einem Referat des Arbeitersekretärs Kollegen Fuchs, an welches sich eine lebhafte Debatte angeschlossen, folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung sieht in der immerwährenden Retardierung aller notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel, besonders der hohen Fleischpreise, hervorgerufen und vergrößert durch eine verkehrte Zollpolitik, eine schwere Schädigung aller Unbemittelten. Die verkehrte Zoll- und Finanzpolitik des Reiches kommt nur einem kleinen Teil der deutschen Bevölkerung zugute. Die Regierung jedoch hat die Pflicht, für das Wohl der Gesamtheit zu sorgen und darf nicht ausschließlich unsere Großgrundbesitzer und Junker berücksichtigen. Die Versammlung tritt dem Antrag der bürgerlichen Kollegen Stuttgarters bei und fordert die notwendige Öffnung der Grenzen.“

In der Diskussion wurde neben der bestehenden Fleischnot auch die Steigerung aller anderen Lebensmittel, wie Milch, Zucker, Salz usw., sowie auch die hohen Wohnungsmieten lebhaft erörtert und der Vorschlag gemacht, der Genossenschaftsbewegung eine größere Beachtung zu widmen als bisher.

**8 Rresen.** In der Versammlung am 18. September in Kalkhaus wurde nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten zur Wahl eines Revisors geschritten. Gewählt wurde der Kollege D. Kengel. Eine längere Diskussion entspann sich bei Verbandsangelegenheiten. Es ist in der letzten Verbandsversammlung beschlossen worden, einen Diskutierklub zu bilden. In längeren Ausführungen schilderte der Vorsitzende die Bedeutung und den Wert einer solchen Einrichtung und ermahnte die Anwesenden, sich recht zahlreich zur Teilnahme zu melden. Weiter wurde die Frage der Entschädigung der Gemeindevorsteher erörtert. Das Ergebnis der ausführlichen Debatte war der Beschluß, einen Antrag an den Ortsverband zu stellen in der Form, daß Stadtvorordnete, Gemeindevorsteher und Mitglieder der Schulkommission für direkten Zeitverlust zu entschädigen sind, und zwar in Höhe ihres durchschnittlich verdienten Lohnes. Betreffs des Verbandes, das im nächsten Jahre stattfinden soll, wurde beschlossen, die Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Die Versammlung schloß sich weiter einstimmig der Resolution gegen die Beschlüsse der ersten Sitzung der Reichsversicherungsordnung an. Beschlüssen wurde, die nächste Versammlung in Groß-Rosen abzuhalten. Ferner wurde beschlossen, in diesem Jahre zwei Herbstversammlungen zu veranstalten, und zwar im Oktober an einem Sonntage. Zum Schluß richtete der Vorsitzende die Mahnung an die Anwesenden, im Interesse unserer Organisation noch energischer zu agitieren. Einen Schritt vorwärts würde eine gute Statistik bedeuten; diese sei eine unbedingte Notwendigkeit. Es wurde dann auch beschlossen, auch diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Aufgenommen wurde ein Mitglied, gestrichen zwei.

### Verbands-Teil.

#### Bekanntmachung.

Im Einverständnis mit den Generalräten der an der Werkarbeiterbewegung beteiligten Gewerkevereine werden die Mitglieder hiermit nachdrücklich vor unüberlegten Schritten gewarnt. Die von den

Metallindustriellen angeordnete Aufsperrung von 60 Prozent der beschäftigten Arbeiter hat überall eine starke Aufregung hervorgerufen. Trotzdem darf deshalb kein Ortsverein und kein Mitglied die Kündigung einreichen. Die Hauptleitungen werden rechtzeitig alle notwendigen Anordnungen geben. Nur danach darf gehandelt werden. Wer sich den getroffenen Maßnahmen nicht fügt, hat die Folgen selbst zu tragen. Nur einheitliches Vorgehen kann uns zum Ziele führen.

#### Die Berufskommission der Deutschen Gewerkevereine.

**Gewerkeverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.**  
Verhandlungen in Sachen des Werkarbeitskampfes haben begonnen. Unsere Mitglieder haben vor jedem weiteren Schritt in dieser Angelegenheit die zu treffenden Anordnungen des Generalrats abzuwarten. Ganz besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß kein Mitglied ohne vorherige Zustimmung des Generalrats die Kündigung einreichen oder die Arbeit niederlegen darf. Wer es dennoch tut, hat die Verantwortung selbst zu tragen.  
Für den Generalrat:  
B. Gleichauf, G. Hartmann, S. Balbt,  
Vorsitzender, Gen.-Sekretär, Schatzmeister.

**Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-28. Mittwoch, 28. Sept., Vortrag d. Kollege Jäger über: „Gewerkevereine“. Gäste willkommen.  
**Gewerkevereins-Vereinsrat (G.-V.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Leubusgasse im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen.  
**1. Oktober. Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Versammlung bei Melcher, Bergstr. 69.  
**Berufskommission der Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221-28. Tagesordnung dort.  
**Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8-10 Uhr, Zählabend bei Struß, Fuhlenstr. 51.  
**Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Schönbauer Allee 65. T.-D.: Besprechung über die bevorstehende Aufsperrung.  
**Hildorf I (Maschinenbau- u. Metallarbeiter).** Sonnabend, 1. Oktober, abds. 9 Uhr, Versammlung bei Kamp, Jägerstr. 77.

**Orts- und Kreisverbände.**  
**Breslau (Ortsv.).** Dienstag, 4. Okt., abds. 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in den Union-Festhallen, Kaufstr. 51, betreffs Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung. Referent: Bezirksleiter Kollege B. Köpfer. — **Ersttag (Die Fackelklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Feiertag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — **Dormund (Ortsverband).** Sonntag, 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Ortsverbanderversammlung im Saale des Herrn Bogel, Münsterstr. 2. — **Duisburg (Diskutierklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hofenkamp, Friedrich-Wilhelmstr. 1, Diskutierabend. —

**Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Rürichstr. 29. Sitzung. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstags im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterabend bei Roggenfänger, Eberfeld, Rutenstr. und Erlangerstr. 66. — **Fürstenaue (Ortsverband).** Sonntag, 3. Okt., nachm. 3 1/2 Uhr, in der Pflanzharmonie außerordentliche Ortsverbanderversammlung mit nachfolgender Familienunterhaltung. Vortrag über Reichsversicherungsordnung, sowie über Jugendorganisation. Ref.: Kollege Wolter (Garlottenburg). — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vertreterabend, vormittags 10 Uhr, im Reichslokal G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Mägen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutierabend bei Ludewigs. — **Hagen (Ortsverband).** Sonntag, 2. Okt., nachm. 4 Uhr, Ortsverbanderversammlung bei Briner, Gaspe, Tillmannstr. 21. Vortrag der Frau Kropf-Dortmund: „Das Familienleben der arbeitenden Bevölkerung im Rhein- und Ruhrgebiet. Frauen herzlich willkommen.“ — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Gärtmanns Hotel, Boollstr., Diskutierabend. — **Hersleb (Diskutierklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Köln (Diskutierklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Rater Kolping“, Hiltbergstr. — **Leipzig (Gewerkevereins-Vereinsrat).** Die Leubusgasse finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und himmelbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Waldheim (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterabend beim Wirt Joh. Wöller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Leubusgasse finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Popfstr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Ziegel (Diskutierklub für Ziegel, Postgasse und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Schneider, Berlinstr. 88. Gäste willkommen. — **Wiesbaden a. G. (Verbandsabteilung der Gewerkevereine).** Leubusgasse jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerkevereinskollegen herzlich willkommen. — **Wiesbaden (Diskutierklub der Gewerkevereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Ref. „Schweizerhaus“.

**Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.**  
**Greifswald (Ortsverband).** Rax & Co., Schriftführer, Bleichstr. 31.  
**Hildorf I (Maschinenbau- u. Metallarbeiter I).** G. Reumann, Kassierer, Bergstr. 69.  
**Stettin (Bezirksleitung des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter).** S. Grothe, Stettin 1, Fichtestr. 11 p.

### Literatur.

**Eingegangene Bücher und Broschüren.**  
Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.  
**Der Arbeitsnachweis in Deutschland.** Arbeiterbibliothek 14. Heft. 1-10. Lauf. 84 Seiten in 8°. R.-Glabach 1910, Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung. Preis 40 Pfg.  
**Was haben wir am Hansabund?** 56 Seiten gr. 8°. R.-Glabach 1910, Volksvereins-Verlag. Preis 25 Pfg.  
**Wie ich mich selbst wieder jung machte im Alter von sechzig Jahren, oder: Was ist Fietzschismus?** Von Horace Fietzsch, deutsch von Julius Müller (0,80). II. Auflage. Hofverlagsbuchhandlung Edmund Demme, Leipzig.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

### Zur Beachtung für die Berliner Kollegen! Die freie Hochschule-Berlin

hat die Ausstellung von Hörerarten für das Herbstquartal Oktober-Dezember 1910 zu ermäßigten Preisen für unsere Verbandskollegen dem Verbandsbureau, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/28, übertragen. Auch sind durch uns die Programme für die Vorlesungen kostenlos zu beziehen.  
Wir bitten von dem Angebot der Hörerarten zu ermäßigten Preisen recht zahlreich Gebrauch zu machen.  
Der geschäftsführende Ausschuss.  
S. Kneufel, Verbandssekretär.

Die im Verein der Deutschen Kaufleute (G.-D.) organisierten Handlungsgehilfen- und Schülfern erziehen seit Jahren die völlige Sonntagstrübe für das Handels-gewerbe. Gewerkevereine, unterführt unsere Verbandsangehörigen im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit!  
**Kein Gewerkevereiner kauft Sonntags!**  
Beranlasse jeder seine Familienangehörigen, Einkäufe nur an Wochentagen zu besorgen!

**Chemnitz (Ortsverband).** Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Kollege Reibe, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausgegibt. — Der Arbeitsnachweis wird von Kollege D. S. Walb Fl. a. G., Senefelderstr. 32, verwaltet. Sprechzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.  
**Baldenburg i. Schl. (Ortsverband).** Die Herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im Schwarzen Adler; die Karten werden vom Kollegen Hermann B. a. m. a. n. n., Freiburgerstr. 29, ausgegeben.

**Bitterfeld (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeheimnis von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufe nicht im Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer S. König, Adersstr. 1.  
**Magdeburg (Bauhandwerker).** 75 Pfennig im Bureau, Katharinenstr. 2/8 II.  
**Rothenbach und Umgegend (Ortsverband).** Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkevereiner beim Kollegen Gust. Pichel, Bauwerin Nr. 85, Rothenbach i. Schl. Verbands-Herberge: Gasthof zum Klara-Schacht.  
**Leipzig-West (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgeschenk bei den Vereinskassierern. Für Abendbrot und Nachtquartier werden dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstr. 25, Völligfeit.  
**Radeberg (Ortsverb.).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandsgeschenk beim Ortsverbandskassierer H. Habedant, Neustraße 10 I.

**Danzig (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Genossen K. a. m. e. r. e. r., Hl. Markt 10, Befreiungskarten.  
**Thorn.** Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer B. Kowalkowski, Thorn, Feltzgehestr. 7/9.

**Hayman i. Schl. (Ortsverb.).** Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgegibt beim Ortsverbandskassierer S. Rolle, Ring Nr. 14.  
**Kylova (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Befreiungsgeschenk beim Kassierer Karl Stein, Jährlingsgasse 4.

## Der Gewerkeverein

### Jahrgang 1909

auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörigen und Vereinsbibliotheken

**5, sonst 7 Mark**

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

N. B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

**R. Klein,**

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/28.